

Erfolgreich war der Landtag hingegen mit der Einführung einer leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe. Grundlage waren ein Vertrag und eine Vereinbarung mit der Schweiz, die im Landtag im Mai 2000 genehmigt wurde. Gegen diesen Beschluss ergriffen Gewerbekreise das Referendum, somit war es also das erste Staatsvertragsreferendum, welches als Sammelbegehren zustande kam (die EWR-Abstimmungen 1992 und 1995 waren vom Landtag angeordnet worden). Das Gewerbe plädierte für eine «liechtensteinische» Lösung, während Landtag und Regierung mit der Erhaltung der guten Beziehungen und der offenen Grenze zur Schweiz argumentierten. Die Vorlage wurde mit 71,0 Prozent Ja-Stimmen klar angenommen.⁵⁶⁶

Erfolglos war dagegen eine im August 2001 angemeldete Verfassungsinitiative zum Verkehr («Verkehrspolitik mit Zukunft»). Ziel war eine Verkehrspolitik, die der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der sozialen Verträglichkeit und dem ökologischen Gleichgewicht gerecht werden sollte. Konkret richtete sie sich auch gegen eine Erhöhung der Transitkapazität. Im Pro-Lager standen Umweltverbände, im Contra-Lager Autoclubs, die Industrie und das Gewerbe. Die Vorlage wurde in der Volksabstimmung mit 54,5 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt.⁵⁶⁷

6.3.9 Wirtschaft, Gewerbe

6.3.9.1 Gewerbe

Volksabstimmungen über die gewerbliche Tätigkeit und die Gewerbeordnung fanden bis in die 1960er-Jahre regelmässig statt. 1927 wurde eine Volksinitiative zum Gesetz über die Bautätigkeit lanciert.⁵⁶⁸ Sie bezweckte mehr Freiheit in der Ausübung der Bautätigkeit und einen verbesserten Arbeitnehmerschutz. Die Initiative wurde mit 53,9 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Viel klarer verworfen wurde der Gegenvorschlag des Landtags mit 85,3 Prozent Nein-Stimmen.

1937 kam das Gesetz über das Verbot der Eröffnung und des Betriebs von Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften und ähnlichen Gross-

566 LI LA DM 2000/14 A. Eigene Archivunterlagen.

567 LI LA DM 2002/3 A; DS 94/2002-13 C. Eigene Archivunterlagen.

568 LI LA RE 1927/132.